



Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksversammlung Altona

A/VA/IS 11

Drucksache XVIII
Datum 28.10.2010

Dringlicher Antrag der SPD-Fraktion

Bürgernähe erhalten – keine Zentralisierung originärer bezirklicher Aufgaben wie Tiefbau und Grün!

Der Senat hat sein Sparprogramm offen gelegt. Insgesamt sollen mit dem nächsten Doppelhaushalt in den Jahren 2011/2012 jeweils 510 Millionen Euro eingespart werden. Die Sparbeschlüsse treffen viele Bereiche – ein besonderer Sparansatz wird im Zentralisieren der durch die Bezirksverwaltungsreform der vergangenen Jahre neu geschaffenen Fachämter „Management des öffentlichen Raumes“ der Bezirke gesehen, welche bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) im Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) neu angesiedelt werden sollen.

Mit dieser Entscheidung wird die Bezirksverwaltungsreform ad absurdum geführt. Es entsteht weniger Transparenz, weniger Bürgernähe und der Gestaltungsrahmen der Kommunalpolitik über die Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse wird stark beschnitten. Zu befürchten ist ferner, dass hierdurch nicht nur eine größere Distanz zwischen Verwaltung und Bürger geschaffen wird, sondern durch die laut Senat angestrebte Einführung eines Auftraggeber-Auftragnehmer-Verhältnisses zwischen LSBG und Bezirken auch unnötige Doppelstrukturen geschaffen werden.

Bei der endgültigen Herstellung von Straßen tragen die Bürgerinnen und Bürger einen erheblichen Teil der Kosten für die jeweilige Maßnahme. Deswegen wurde ein Verfahren etabliert, das sie schon frühzeitig in die Planungen einbezieht. Die Zentralisierung des Fachamtes bedeutet für dieses Verfahren einen Rückschritt. Die Bürgerinnen und Bürger bleiben auf der Strecke.

Ein nahezu absurder Widerspruch entstünde im Zusammenhang mit der geplanten Verlagerung von Kompetenzen der Straßenverkehrsbehörde auf die Bezirke. Diese erhalten Entscheidungsrechte, hätten jedoch selbst keine Möglichkeit der baulichen Ausführung.

Vor diesem Hintergrund beschließt die Bezirksversammlung auf Antrag der SPD-Fraktion:

- 1. Die Bezirksversammlung Altona lehnt die Zusammenführung der sieben bezirklichen Tiefbau- und Grüneinheiten aus dem Fachamt Management des öffentlichen Raumes zu einer zentralen Tiefbau- und Grüneinheit im Landesbetrieb „Straßen, Brücken, Gewässer“ (LSBG) ab.**

- 2. Im Sinne von mehr Bürgernähe, Transparenz und den gesetzlich vorgegebenen Mitbestimmungsrechten der Bezirksversammlung lehnt die Bezirksversammlung Altona die Zentralisierung der baufachlichen Abwicklung für die endgültige Herstellung von Anliegerstraßen bei der BSU ab.**
- 3. Sie verweist auf den offenkundigen Widerspruch im Zusammenhang mit der Verlagerung von Kompetenzen der Straßenverkehrsbehörde auf die Bezirke.**
- 4. Das vorsitzende Mitglied der Bezirksversammlung teilt den zuständigen Fachbehörden das Missfallen und die ablehnende Haltung der Bezirksversammlung über diese Sparvorschläge mit.**

Petition:

Die Bezirksversammlung Altona wird um Zustimmung gebeten.